

**21.4500****Motion Mitte-Fraktion.****Die Mitte. EVP.****Verhandlung zwischenstaatlicher****technischer Vereinbarungen****im Bereich Strom****Motion groupe du centre.****Le centre. PEV.****Electricité. Négociation  
de conventions techniques  
internationales**

---

**CHRONOLOGIE**

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.09.23

**Schneider-Schneiter** Elisabeth (M-E, BL): Das Schweizer Übertragungsnetz kann nicht isoliert betrachtet werden, es ist fest in das europäische Verbundnetz integriert. Doch die eingespielte europäische Zusammenarbeit ist aufgrund des fehlenden Stromabkommens gefährdet. Diese Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern ist aber für die Netzsicherheit der Schweiz unerlässlich. Die Einbindung in das europäische Stromnetz trägt nämlich massgeblich zur Stabilität des Schweizer Stromnetzes bei. Je grösser der Verbund ist, desto stabiler ist das Gesamtsystem. Kraftwerkausfälle können so leichter bewältigt werden.

Bisher pflegte die Schweiz ein hohes Mass an Koordination und Zusammenarbeit auf technischer Ebene. Diese Zusammenarbeit war in den letzten Jahren gut und konstruktiv. Immer mehr wird diese Zusammenarbeit aber von politischen Fragen beeinträchtigt. Das ungeregelte Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU isoliert uns schleichend. Wir werden nicht nur von kurzfristigem Stromhandel ausgeschlossen, sondern haben immer mehr auch das Risiko von ungeplanten Stromflüssen, welche unser Netz beeinträchtigen und Kosten verursachen. Ohne Kooperation mit unseren europäischen Partnern geht es nicht. Der Status quo reicht nicht aus. Wenn wir schon kein Stromabkommen haben, dann sollten wir zumindest auf technische zwischenstaatliche Abkommen hinarbeiten. Der Bundesrat hätte sogar die Kompetenz, solche abzuschliessen.

Wie Bundesrat Rösti kürzlich erklärte, erachtet er ein Stromabkommen nicht als dringend notwendig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Schweiz sei physischer Teil des europäischen Stromnetzes und müsse deswegen kaum um den Einschluss in die sogenannte 70-Prozent-Regel fürchten. Dennoch plädiert Bundesrat Rösti dafür, dass sich die Schweiz gegen eine unerwartete harte Umsetzung dieser Regel wappnet. Genau deshalb will die Mitte-Fraktion den Bundesrat beauftragen, gestützt auf Artikel 24 StromVG technische Vereinbarungen mit der EU und/oder den Mitgliedstaaten und allenfalls in Zusammenarbeit mit Swissgrid abzuschliessen.

Besten Dank für die Annahme dieser Motion.

**Rösti** Albert, Bundesrat: Wie eben von Frau Schneider-Schneiter gesagt wurde, soll der Bundesrat beauftragt werden, technische Vereinbarungen im Bereich Strom mit den EU-Mitgliedstaaten abzuschliessen. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Bundesrat am 21. Juni die Eckpunkte für die Aufnahme von Verhandlungen zu einem Paketansatz mit der EU verabschiedet hat. Ein Stromabkommen soll Teil dieses Paketes sein. Es würde den Zugang der Schweiz – das wurde auch gesagt – zum EU-Strommarkt regeln sowie Risiken von ungeplanten Stromflüssen minimieren und einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Hier haben wir keine Differenz.

Unabhängig von der Entwicklung beim Paketansatz ist ein technisches Stromabkommen aufgrund der rigiden Position der EU-Kommission im Moment aber einfach kaum machbar, bzw. die EU-Kommission ist nicht bereit, darauf einzutreten, solange die institutionellen Fragen nicht geregelt sind. Zum einen lassen sich rein techni-



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2023 • Sechste Sitzung • 18.09.23 • 14h30 • 21.4500  
Conseil national • Session d'automne 2023 • Sixième séance • 18.09.23 • 14h30 • 21.4500



sche Aspekte nicht von marktregulatorischen oder institutionellen Aspekten trennen, zum andern gibt es im Moment – auf der anderen Seite, nicht bei uns – einfach den politischen Willen dazu nicht. Als Beispiel ist etwa die Regelung zur Streitbeilegung zu nennen, Sie kennen diese Bereiche ja.

Selbstverständlich sind wir mit allen Ländern, insbesondere mit unseren Nachbarländern, laufend in Kontakt, um die Sache möglichst auf informeller Ebene gut zu regeln. Einen offiziellen Auftrag zur Verhandlung von technischen Abkommen will sich der Bundesrat nicht geben lassen, weil er sich jetzt auf den Paketansatz konzentrieren will. Er lehnt diesen Vorstoss deshalb ab.

**Präsidentin** (Riniker Maja, zweite Vizepräsidentin): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 21.4500/27384)

Für Annahme der Motion ... 145 Stimmen

Dagegen ... 27 Stimmen

(9 Enthaltungen)